

In Zusammenhang mit der Konferenz wurde eine Reihe von Abkommen zur chinesischen Entwicklungszusammenarbeit unterschrieben: So wurden ein 500-Millionen-US\$-Kredit der Asian Development Bank als Teilfinanzierung einer geplanten Ost-West-Eisenbahntrasse durch Zentralchina, ein "Armutszusammenarbeit" mit UNDP sowie eine Zuwendung in Höhe von 76 Mio. US\$ für chinesische NGOs im Bereich Armutsbekämpfung neu unterzeichnet. Gleichzeitig unterstrich die chinesische Regierung ihre eigene Bereitschaft zum regionalen Engagement durch die Bereitstellung eines 20-Millionen-US\$-Fonds für die Asian Development Bank.

Für die meisten Konferenzteilnehmer hat die glitzernde Silhouette des in den letzten 10 Jahren aus dem Boden gestampften Shanghaier Stadtteils Pudong eindrucksvoll Tempo und Qualität des Wirtschaftswachstums in diesem Teil Chinas illustriert. Darüber hinaus ist es den Veranstaltern durch eine reibungslose Organisation der Konferenz, die unter Verwendung modernster Technik im neuen internationalen Konferenzzentrum zu Füßen des Pearl Tower stattfand, mit Sicherheit gelungen, Shanghai einen Platz im Kreis der Mitbewerber zur Durchführung wichtiger internationaler Tagungen zu sichern.

Ina Dettmann-Busch

Internationaler Workshop "Aus der Geschichte lernen – Ein transkontinentaler Blick auf die Geschichte Deutschlands im 19./20. Jh. und die Relevanz dieser Erfahrungen für das heutige China"

Brühl, 1.-3. Juli 2004

Organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpB) fand vom 1. bis 3. Juli 2004 im KonferenzCentrum Brühl ein internationaler Workshop zu o.a. Thema statt, zu dem namhafte Sozialwissenschaftler aus der Volksrepublik China, deutsche Historiker, deutsche China-Wissenschaftler und Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung geladen waren. Seit einiger Zeit bereits veranstaltet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai unter der Leitung von Dr. Stefan Friedrich Gesprächskreise zur chinesischen Reformpolitik. Hier bekundeten die teilnehmenden chinesischen Wissenschaftler ihr Interesse an einer intensiven Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte, wobei die Frage nach der Relevanz deutscher Erfahrungen für die gegenwärtige chinesische Reformpolitik den Fokus bildete.

Vier Vorträge deutscher Historiker über mögliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jh. bildeten den ersten Themenschwerpunkt. Prof. Dr. Dieter Langewiesche (Historisches Seminar der Universität Tübingen) ging in seinem Vortrag über "Refombewegungen und autokratische Herrschaft als Grundlagen für den Aufstieg Deutschlands im 19. Jh." zunächst auf den föderativen Grundzug der deutschen Geschichte ein. In seinem Vortrag mit dem Titel "Zwischen 'Staatskunst' und 'Kriegshandwerk': Das Problem des Militarismus im deutschen Kaiserreich 1871-1914" charakterisierte Dr. Ulrich Lappenküper (Historischen Seminar der Universität Bonn) die Armee im deutschen Kaiserreich als einen Staat im Staate und als das damalige Kernelement der deutschen Gesellschaft. Prof. Dr. Langewiesche widmete sich im Folgenden dem Urbanisierungsprozess und der Binnenmigration im Deutschland des ausgehenden 19. Jh. "Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist ohne die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik nicht vorstellbar." So lautete die Kernaussage des Vortrages des stellvertretenden Direktors des Instituts für Zeitgeschichte in München, Prof. Dr. Udo Wengst. Dem Verlangen nach einem intensiven Dialog zwischen den Wissenschaftlern aus China und Deutschland trugen

die Veranstalter insofern Rechnung, als dass jedem Vortrag eine ausgiebige Diskussionsrunde folgte. Angeregt durch die Ausführungen über die historischen Entwicklungen und Erfahrungen in Deutschland wurde die Rolle des Nationalismus als Mobilisierungsmotor für die Modernisierung eines Landes ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage nach der möglichen Herausbildung einer Zivilgesellschaft unabhängig vom Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Ein weiteres zentrales Thema der Diskussion bildete die Idee eines föderalistischen Staatsaufbaus in China.

Den zweiten Themenschwerpunkt des Workshops bildete die Frage nach einem möglichen sozialen Ausgleich in China unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. In den ersten beiden Panels wurden zunächst die größten Herausforderungen im chinesischen Transformationsprozess von je zwei chinesischen und je zwei deutschen Wissenschaftlern näher beleuchtet. Das erste offene Panel hatte Chinas wirtschaftliche Entwicklungen zum Thema. In ihrem Statement stellte Dr. Doris Fischer (Universität Duisburg-Essen) zunächst die beiden zentralen Fragen, warum die jüngste wirtschaftspolitische Problematik der Überhitzung in China die Ökonomen nicht überrascht und ob sich die (Wirtschafts-)Geschichte doch wiederholt? Dr. Günter Schuecher (Institut für Asienkunde, Hamburg) beschäftigte sich mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Stabilität im Zuge des anhaltenden chinesischen Wirtschaftswachstums. Prof. Yang Peng (Direktor des Forschungsinstituts für ökologische Wirtschaft der Provinz Yunnan) ging auf den rasanten Prozess der Urbanisierung in der Volksrepublik China ein. Prof. Dr. Zhou Jianming (Shanghai Akademie der Sozialwissenschaften) stellte die zentrale Frage, wer bei dem hohen jährlichen Wirtschaftswachstum in China den Erfolg teilt und wer die Bürden auf sich nehmen muss. In der sich anschließenden Diskussion richteten die Teilnehmer ihr Augenmerk zunächst auf das ländliche China und die Rolle der Bauern im chinesischen Modernisierungsprozess. Die Frage nach der Privatisierung von Grund und Boden und der Kontrolle über die Anbauflächen sorgten für eine bisweilen äußerst kontroverse Gesprächsrunde. Auch Chinas Verantwortung in der internationalen Staatengemeinschaft, z.B. in Umweltfragen, bestimmte die gemeinsame Diskussion.

Die Entwicklung von Staat und Gesellschaft in China war das Thema des zweiten offenen Panels. In seinem Kurzvortrag propagierte Prof. Dr. Sebastian Heilmann (Universität Trier) eine Demokratisierungsstrategie für China bestehend aus einer anfangs "von oben" kontrollierten und dann mit den wichtigsten politischen Gruppen ausgehandelten Transformation. Prof. Dr. Thomas Heberer (Universität Duisburg-Essen) thematisierte die Bedeutung von Wahlen auf der lokalen Ebene. Diese organisieren Partizipation und Interessenartikulation auf dem Lande und können so die Funktionen der Wahrung der öffentlichen Ordnung erfüllen. Prof. Dr. Zhu Xueqin (Shanghai Universität) ging in seinem Beitrag zunächst auf das Thema "politische Überziehung ökonomischer Konten" ein und forderte, die Dynamik von Reformwellen zu berücksichtigen. Prof. Cao Jinqing (University of Science and Technology, Shanghai) beschäftigte sich vorwiegend mit dem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in China. Auch hier sorgten die Beiträge der Panelisten für eine angeregte Diskussion u.a. über die Rolle und die Funktionen der staatlichen Institutionen, der KPCh sowie der Intellektuellen im chinesischen Transformationsprozess. Der Forderung nach einem bewussten Akt der Verfassungspolitik und einer damit einhergehenden Institutionenkonstruktion auf Regierungsebene stand dabei die Akzentuierung der Lokalebene und der Interessenartikulation breiter Schichten der chinesischen Bevölkerung gegenüber.

Das dritte offene Panel fragte nach den Erfahrungen im deutschen Reformprozess des späten 19. und 20. Jh., die für das aktuelle China von Nutzen sein können. In seinem Vortrag beschäftigte sich Prof. He Xuefeng (Wuhan Universität) dabei mit der Frage der Integration der ländlichen Arbeitskräfte in China. Prof. Fang Ning (Chinesische Akademie der

Sozialwissenschaften, Beijing) unterstrich in seinem Beitrag die Bedeutung der Erfahrungen Deutschlands bei der Entstehung eines Wohlfahrtssystems für die gegenwärtigen Entwicklungen in China. Der Parlamentarische Staatssekretär a.D. Dr. Volkmar Köhler stellte sich in seinem Vortrag die Frage nach parallelen Entwicklungen in der deutschen und der chinesischen Geschichte. Die Diskussionsrunde wurde bestimmt durch die Kontroverse um die Entfaltung einer Wahldemokratie oder einer partizipatorischen Demokratie in China. Wiederholt rückte dabei die Frage des Handlungsspielraums und der gegenwärtigen Verfassung der KPCh in den Mittelpunkt der jeweiligen Argumentation. Auch die ungewisse Zukunft Chinas in Folge eines erheblichen Einbruchs der Wachstumsdynamik bestimmte den Meinungsaustausch. Einige Diskutanten befürchteten gar massive Verwerfungen, sollte das chinesische Wirtschaftswachstum abrupt schwinden.

In seiner Konzeption war dieser internationale Workshop von Dr. Stefan Friedrich überaus innovativ angelegt. Die vortreffliche Themenstellung und die sorgfältige Zusammenstellung der teilnehmenden chinesischen und deutschen Wissenschaftler führten durchgängig zu einem angeregten und fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaustausch über den Stand der gegenwärtigen Reformpolitik in der Volksrepublik China, welcher in absehbarer Zeit in den KAS-Gesprächskreisen in China fortgesetzt werden soll.

Dieser internationale Workshop war eine der letzten Veranstaltungen des KonferenzCentrums Brühl der Bundeszentrale für politische Bildung zu den aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen in China. Diese Institution, die zunächst als Ostkolleg, später dann als Ost-West-Kolleg über lange Zeit ein Diskussionsforum für mehrere Generationen von China- und Ostasienwissenschaftlern war, wird aufgrund einer Umstrukturierungsentscheidung der Leitung der bpb ihre Arbeit einstellen. An dieser Stelle bleibt es deshalb nur, Christoph Müller-Hofstede für seine fünfzehnjährige Tätigkeit im Ost-(West-)Kolleg zu danken, bei der er maßgeblich das ostasiatische Profil dieser Institution geschärft und einer Vielzahl von Multiplikatoren sowie dem wissenschaftlichen Nachwuchs Möglichkeiten zum intensiven Meinungsaustausch über die ostasiatische Region eröffnet hat. Er wird die Verbindungen mit Ostasien in einer neuen Position innerhalb der bpb weiter pflegen.

Dietmar Ebert